



CDU

STADTVERORDNETENFRAKTION
DER SEESTADT BREMERHAVEN



**Sicherheit schaffen,
Kriminalität bekämpfen**

Inhalt

Vorwort

Seite

Ortspolizeibehörde

5

1. Infrastruktur

5

- a) Modernisierung der Polizeireviere
- b) Bürgerbüros
- c) Ausstattung der Polizei
- d) Personalentwicklung

5

6

6

6

2. Prävention

7

- a) Präsenz vor Ort im Brennpunkt
- b) Einsatz von Videoüberwachung
- c) Verkehrsüberwachung

7

7

8

3. Kriminalitätsbekämpfung

9

- a) Kriminalpolizei
- b) Beschaffungskriminalität
- c) Drogenkriminalität
- d) Jugendkriminalität
- e) Abschiebung von Ausländern

9

9

10

10

11

Bremerhavener Feuerwehren

12

1. Berufsfeuerwehr Bremerhaven

12

2. Landesfeuerwehrschule

12

3. Freiwillige Feuerwehren

13

4. Bremisches Hilfeleistungsgesetz

13

Titelbild: Bürgermeister und Senator für Inneres und Sport, Thomas Röwekamp, im Gespräch mit Polizeibeamten

Sicherheit schaffen, Kriminalität bekämpfen

Schutz vor Kriminalität und Gewalt ist ein elementares Grundbedürfnis unserer Bürger. Sie fordern ein wirkungsvolles Handeln, eine starke Präsenz sowie eine nach dem modernsten Stand ausgestattete, bürgernahe Polizei.

In der Stadt Bremerhaven wurden im Jahr 2005 knapp 15.000 Straftaten verzeichnet. Die Aufklärungsquote konnte zum Vorjahr abermals gesteigert werden und lag insgesamt bei über 50%.

Kriminalitätsrückgänge konnten insbesondere in folgenden Bereichen verzeichnet werden: Umweltdelikte, Scheckkartenbetrugsfälle – ein Erfolg des sog. „Frühwarnsystem KUNO“-, Diebstähle bei Kellerauf- und Wohnungseinbrüchen, Diebstahl von, aus oder an Kraftfahrzeugen aber auch Rauschgiftdelikte.

Neben diesen Rückgängen sind aber leider auch Zunahmen von Delikten in folgenden Bereichen zu verzeichnen: Gefährliche Körperverletzungen, Taschendiebstahl, Computer- oder auch Betrugs kriminalität.

Dabei nimmt die Jugendkriminalität ein immer breiteres Ausmaß an. 30,2% aller Tatverdächtigen sind unter 21 Jahre alt. Erschreckend ist dabei die Tatsache, dass der Einsatz von „Hilfsmitteln“ wie Messer, Schusswaffen, Schlagringe und dergleichen immer häufiger registriert wird. Die Jugendkommissariate sowie beschleunigte Verfahren, in denen jugendliche Straftäter innerhalb von 48 Stunden nach ihrer Ergreifung verurteilt werden, sollen hierbei, neben Prävention und Zusammenarbeit mit anderen Ämtern, die Kriminalitätsrate senken.

Von den 4.887 ermittelten Tatverdächtigen im Jahr 2005 sind 18,8% nichtdeutsche Tatverdächtige. Diese Zahl unterstreicht die Forderung der CDU nach einer konsequenten Ausweisung und Abschiebung von ausländischen Straftätern. Wer gegen das Gastrecht des Landes, das ihm selbst Sicherheit gewährt, erheblich verstößt, verliert dieses Gastrecht und den Anspruch darauf.

Mit unserem Programm zur „Inneren Sicherheit“ wollen wir dazu beitragen, dass die Aufklärungsquote erhöht, die Kriminalitätsrate minimiert werden kann und die Polizei die benötigte Stärke im Kampf gegen das Verbrechen hat.

Wir setzen auf die verstärkte Präsenz der Polizei auf der Straße und fordern die konsequente Verfolgung und Bestrafung von Straftätern. Dass bereits 44% der Tatverdächtigen zuvor mindestens einmal als Täter in Erscheinung getreten sind zeigt, dass unverminderter Handlungsbedarf besteht.

Polizeipräsenz direkt vor Ort bedeutet neben der Abschreckung von Straftätern die Grundlage für ein ausgeprägtes Sicherheitsgefühl der Einwohner. Insbesondere im Hinblick auf den sich entwickelnden Tourismusstandort Bremerhaven und des damit verbundenen Anstieges von Besucherfrequenzen ist es unerlässlich, dass die Polizei vor Ort die Kriminalität bekämpft und Sicherheit schafft.

Wir haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass die technische Ausstattung der Sicherheits- und Rettungskräfte deutlich verbessert wurde. Wir setzen uns auch in Zukunft dafür ein, dass dieses Niveau gehalten bzw. noch verbessert wird. Auch moderne Kommunikationsmittel, z.B. die Einführung des digitalen Sprach- und Datenfunksystems, werden von uns befürwortet.

Die Aufgaben der Bremerhavener Berufs- und der Freiwilligen Feuerwehren dienen der Sicherung und der Rettung der Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört, dass die personelle Struktur durch rechtzeitige Ausbildung von Nachwuchskräften sichergestellt wird und die Feuerwehren so modern ausgestattet sein müssen, dass sie bei Bedarf den Kampf gegen Katastrophen jeglicher Art aufnehmen können.



Paul Bödeker, MdBB
Fraktionsvorsitzender



Thorsten Raschen
Ausschussprecher

Ortspolizeibehörde Bremerhaven

1. Infrastruktur

a) Modernisierung der Polizeireviere

Voraussetzung für eine erfolgreich arbeitende Polizei ist die Ausstattung mit qualifiziertem Personal sowie mit moderner Technik. Hier hat die CDU Bremerhaven seit 1995 immer einen Schwerpunkt ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit gesetzt.

Um optimal arbeiten zu können, muss auch eine räumliche Infrastruktur vorgehalten werden, die diesen Ansprüchen gerecht wird. Aus diesem Grund haben wir umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an den Polizeireviere durchgeföhrt.

Begonnen wurde mit dem Polizeirevier Geestemünde. Im zweiten Schritt erfolgte der Neubau des Polizeireviere Leherheide. Damit werden wir dem Sicherheitsbedürfnis der Leherheider Bürgerinnen und Bürgerinnen gerecht. Eine Schließung dieses Reviere ist mit der



Polizeirevier Leherheide

CDU nicht zu realisieren, auch nicht in den Nachtstunden. Gerade in diesem sensiblen Stadtteil mit seinen sozialen Problemen ist eine Schließung des Polizeireviere inakzeptabel. Wir brauchen hier vor Ort Beamte, die sich im Stadtteil auskennen und den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern haben.

Zuletzt wurde das Revier Lehe im Stadthaus 6 komplett erneuert und modernisiert. Mit der Sanierung des Reviere Lehe ist ein weiterer Bereich des Stadthauses 6 fertig gestellt worden. Gerade bei diesem Revier war die Sanierung notwendig, weil hier die größte Anzahl an Polizeibediensteten im Einsatz ist.

b) Bürgerbüros

Als Erfolg hat sich die Einrichtung des Bürgerbüros im Hanse-Carré gezeigt. Unter der Federführung der Verwaltungspolizei ist am 06. Januar 2005 das erste Bürgerbüro der Stadt Bremerhaven eingerichtet worden. Die positiven Stimmen und die tägliche Frequentierung zeigen die Richtigkeit der Maßnahme. Ohne lange Wartezeiten können bei einem Sachbearbeiter alle Dinge, die mit einer Ummeldung, Ausweisverlängerung, Ausstellung von Reisepässen, etc. zu tun haben, erledigt werden. Auch in schwierigen Zeiten lassen sich positive Dinge für Bremerhaven realisieren.



Stadthaus 5

Ein weiteres Bürgerbüro entsteht z. Zt. im Stadthaus 5. Analog des ersten Bürgerbüros sollen auch hier alle Erledigungen bürgernah von einem Sachbearbeiter erledigt werden.

c) Ausstattung der Polizei

Wir wollen die Polizei mit modernen Kommunikationsmitteln, Sicherheitsmaßnahmen wie z. B. Schutzwesten, Schusswaffen und einer Fahrzeugflotte, die unserer Zeit entspricht, ausstatten.

Ein wichtiger Schwerpunkt ist dabei die Aus- und Fortbildung. Bei einer sich ständig ändernden Rechtslage, z. B. beim neuen Polizeigesetz, Strafprozess, Strafrecht und der Straßenverkehrsordnung, ist eine qualifizierte Weiterbildung von besonderer Bedeutung.

d) Personalentwicklungsplanung

Bei der Personalentwicklung wollen wir den Bereich der öffentlichen Sicherheit durch eine Verstärkung der Polizeipräsenz vor Ort erreichen (Polizisten auf der Straße). Auf der anderen Seite wollen wir eine deutliche Verkleinerung im Bereich der Polizeiführung anstreben.

Bei Neueinstellungen muss die Gleichbehandlung zwischen der Stadtgemeinde Bremen und der Stadt Bremerhaven gewährleistet sein. Zur weiteren Personalentlastung muss geprüft werden, welche hoheitlichen Aufgaben **nicht** durch Polizeibeamte wahrgenommen werden müssen.

2. Prävention

a) Präsenz vor Ort im Brennpunkt

Insbesondere in den Bereichen, in denen mit einer potentiellen Gefahr gerechnet werden kann, wollen wir die Präsenz von Polizeibeamten sicherstellen. Zu diesen Bereichen gehören zum Einen die am Alten und Neuen Hafen in der Entstehung befindlichen touristischen Highlights wie Klimahaus, Marina und Einkaufswelt und zum Anderen die vorhandenen Veranstaltungsgebiete wie z.B. Frei- und Frühjahrsmarkt, die „Alte Bürger“, aber auch das Schaufenster Fischereihafen.

Präsenz vor Ort im Brennpunkt heißt, die Polizei als Ansprechpartner direkt „vor der Tür“ zu haben. Das Polizeirevier Mitte muss deshalb in die Untere Bürger verlegt werden, um sowohl in der Fußgängerzone als auch für das Gebiet Alter/Neuer Hafen schnell erreichbar zu sein.

Im Bereich Alter/Neuer Hafen muss für Großveranstaltungen, z. B. der Sail, die Einrichtung eines Sicherheits-Lagezentrums (Polizei, Feuerwehr, DRK etc.) in den neu zu errichtenden Gebäuden berücksichtigt werden.

Soweit erforderlich, setzen wir uns für die Einrichtung von mobilen Wachen ein, die mit ihrer Präsenz vor Ort den Besuchern das Gefühl von Sicherheit vermitteln und Straftäter abschrecken sollen.

b) Einsatz von Videoüberwachung

Nicht überall kann die Polizei mit Personal im Einsatz sein. Auch im Bereich der Sicherheit muss der Maßstab eines optimalen Ressourceneinsatzes gelten. Deshalb ist an bestimmten Plätzen der Einsatz von Videoüberwachung zu prüfen. Hierbei sind auch die Eingangsbereiche von Schulen, Kindergärten, der Jugendherberge, den Freizeitheimen und Sport-

vereinen zu berücksichtigen. Somit können die Kinder und Jugendlichen besser vor Übergriffen geschützt und Straftäter besser ermittelt werden. Aber auch andere öffentliche Bereiche, wie z. B. der ÖPNV, die Alte Bürger, Parkhäuser etc. können so besser gesichert werden. Selbstverständlich ist sicherzustellen, dass der Datenschutz kontrollierbar eingehalten wird.

c) Verkehrsüberwachung

Bei der Verkehrsüberwachung steht für uns die Verkehrssicherheit im Vordergrund. Mit nur insgesamt vier Rotlichtüberwachungsanlagen und einer fest installierten Geschwindigkeitsmessanlage wird die Verkehrsüberwachung in Bremerhaven sehr moderat durchgeführt. Daneben werden noch die drei mobilen Geschwindigkeitsmessanlagen eingesetzt. Die Einsatzstandorte dieser Geräte werden aber insgesamt eher an sensiblen Punkten, wie z. B. in der Nähe von Schulen oder in Bereichen von Unfallschwerpunkten, die auf eine erhöhte Geschwindigkeit zurückzuführen sind, vorgenommen. Unterstützt werden deshalb die Maßnahmen



Rotlichtüberwachungsanlage

der Polizei, in den Schulen vor Ort Verkehrserziehung durchzuführen. Wir müssen die Kinder rechtzeitig auf die Gefahren im Straßenverkehr vorbereiten. Hierzu sind diese Maßnahmen unerlässlich.

Erkannte Unfallschwerpunkte werden von der CDU durch bauliche Maßnahmen entschärft. Wir haben deshalb gegen den Widerstand der Verwaltung durchgesetzt, dass an den Rotlichtüberwachungskameras an den Kreuzungen Cherbourger Straße / Wurster Straße und Langener Landstraße jeweils Vorwarnanlagen installiert wurden. Dies gibt insbesondere den LKW-Fahrern die Möglichkeit, sich rechtzeitig auf das Ende der Grünphase einzustellen und so folgenschwere Unfälle zu verhindern. Zu den weiteren umgesetzten Maßnahmen gehören die Zufahrt des Autobahzubringers Mitte auf die Stresemannstraße und die Auf- und Abfahrt Überseehafen / Leherheide. Beide Bereiche werden jetzt durch Lichtsignalanlagen geregelt.

Die meisten Unfälle mit Radfahrern werden von diesen selbst verschuldet. Das bedeutet für die CDU, dass die Polizei durch spezielle Überwachungsmaßnahmen für diese Verkehrsteilnehmer die Einhaltung der Verkehrsregeln überwachen muss. Hierbei ist auch das Verbot des Radfahrens in der Fußgängerzone der „Bürger“ in den Bereich zwischen der Keilstraße und dem Theodor-Heuss-Platz regelmäßig zu überwachen.

3. Kriminalitätsbekämpfung

a) Kriminalpolizei

Die Kriminalpolizei hat die Aufgabe, Straftaten in Bremerhaven aufzuklären. Hierbei stehen die Ermittlung der Straftäter und das Sammeln von Beweisen, die zu einer Überführung der Täter führen, im Vordergrund. Zu den zu bearbeitenden Straftaten und Aufgaben zählen:

- die Diebstahls- und Unterschlagungskriminalität
- das Vorgehen gegen Intensivtäter
- die Ermittlung von Todesursachen
- die Bearbeitung von Brand-, Sprengstoff- oder Sexualstraftaten
- die Bearbeitung von Rauschgift- und Falschgeldkriminalität
- politisch motivierte, aber auch organisierte Kriminalität
- Delikte im Zusammenhang mit dem Rotlichtmilieu
- Internetkriminalität

Die Vielfältigkeit der Aufgaben der Kriminalpolizei erfordert eine hohe Qualifikation und Sachkenntnis. Hierzu sind eine spezielle Ausbildung und die Sicherstellung von Fort- und Weiterbildung notwendig. Die CDU setzt sich für eine Sicherstellung der Qualifizierung und eine entsprechende Ausstattung bei der Kriminalpolizei ein. Bei der Ermittlung der Täter ist enge Zusammenarbeit mit der Schutzpolizei sowie eine länderübergreifende Zusammenarbeit mit anderen Behörden notwendig.

b) Beschaffungskriminalität

Im Bereich der Beschaffungskriminalität nimmt besonders der Taschendiebstahl ein besorgniserregendes Ausmaß an. Im Jahr 2005 war eine Zunahme von fast 50% der

Taschendiebstähle zu verzeichnen. Insgesamt sind über 7.000 einzelne Diebstahlfälle im Jahr 2005 registriert worden. Auch hier muss konsequente Strafverfolgung betrieben werden.

c) Drogenkriminalität

Eines der größten Probleme der heutigen Zeit ist der Gebrauch von harten illegalen Drogen. Hiermit sind die Beschaffungskriminalität und die Prostitution auf dem Straßenstrich eng verbunden. Unser Ziel muss es sein, junge Menschen vor dem Gebrauch dieser Drogen zu schützen. Hierzu ist eine enge Zusammenarbeit der Polizei mit dem Schul- und dem Jugendamt von besonderer Bedeutung. Der Handel mit Drogen im Umfeld von Schulen und Jugendeinrichtungen muss konsequent bekämpft werden.

Die Methadonabgabe ist vom Kontaktladen zu trennen. Ein Suchtzentrum ist hierbei aber der falsche Ansatz. Drogenabhängige, die nur das niederschwellige Angebot des Kontaktladens nutzen, sollen nicht mit ausstiegswilligen Abhängigen zusammenkommen. Um eine Entlastung des sozialen Brennpunktes Goetheviertel zu erreichen, ist eine schnelle Verlagerung dringend geboten. Die Szene muss genau beobachtet werden, um den Handel mit Drogen konsequent zu unterbinden. Bei Gaststätten, die durch Drogenhandel vermehrt auffallen, müssen alle Möglichkeiten von Konsequenzen, bis zur Schließung der Gaststätte, geprüft werden.

Weiterhin muss sichergestellt sein, dass die Polizei mit eigenen Drogenspürhunden ausgestattet ist.

d) Jugendkriminalität

Die Bekämpfung der Jugendkriminalität ist ein besonderes Anliegen der CDU. Nur durch ein rechtzeitiges Erkennen und ein entsprechendes Einschreiten lässt sich das weitere Abdriften der Jugendlichen in die Kriminalität verhindern. Wir begrüßen ausdrücklich den Einsatz der Jugendsachbearbeiter an den Polizeirevieren, bei denen ein auffälliger Jugendlicher weiterhin von einem Sachbearbeiter betreut wird. Es muss durch Prävention versucht werden, den Jugendlichen von weiteren Straftaten abzubringen und ihm sein Fehlverhalten aufzuzeigen. Die enge Zusammenarbeit mit dem Schul- und dem Jugendamt, sowie den Justizbehörden und den zuständigen Hilfsorganisationen ist dabei von besonderer Bedeutung und muss auch weiterhin ausgebaut werden.

Ein großes Problem im Bereich der Jugendkriminalität stellt die der ausländischen Jugendlichen dar. Bei einer Quote von 30 % Tatverdächtigen unter 21 Jahren und einem Anteil von 18,8% nichtdeutschen Tatverdächtigen muss konsequent Strafverfolgung betrieben werden. Sofern jegliche Bemühungen einer Integration in ein kriminalitätsfreies Leben scheitern, muss als Konsequenz auch die Abschiebung in ihr Herkunftsland in Betracht gezogen werden.

e) Abschiebung von Ausländern

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Asylbewerber in Deutschland stark zurückgegangen. Waren 1991 bundesweit noch über 400.000 Asylanträge zu verzeichnen, so nahm die Zahl nach der Änderung des Asylrechts 1993 fortlaufend ab.

Mittlerweile werden zahlreiche Verfahrensfragen der Asyl-, Ein- bzw. Zuwanderungspolitik auf europäischer Ebene geregelt. Erreicht werden soll, mit einem einmaligen Asylverfahren gleich in welchem Mitgliedsstaat der EU, Bestandskraft und Rechtssicherheit zu erzielen. Neben Fragen der Erfassung von Antragstellungen und dem Datenabgleich zwischen den Mitgliedsländern werden auch die Rückführungsprobleme von dauerhaft abgelehnten Antragstellern diskutiert. Auch hier soll eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der Rückführungsverfahren erreicht werden.

Auch im Land Bremen sorgen erhebliche Verfahrenslängen und nicht durchsetzbare Rückführungen von abgelehnten Asylbewerbern und deren Familien immer wieder für Diskussionen. Doppelantragstellungen, Verschleierung der Identität, mehrfache Gerichtsverfahren, über Jahre andauernde Verfahren und nicht durchführbare Rückführungen trotz fehlendem Aufenthaltsstatus spielen in Bremen und Bremerhaven, nicht zuletzt auch wegen der nicht unerheblichen Kosten, ebenso eine Rolle wie auf Bundes- und europäischer Ebene. In den Fällen, in denen eine Abschiebung rechtskräftig beschlossen wurde, ist die Abschiebung unverzüglich zu vollziehen.

Bremerhavener Feuerwehren

1. Berufsfeuerwehr Bremerhaven

Die Aufgaben der Berufsfeuerwehr Bremerhaven sind sehr vielfältig und für unsere Sicherheit in der Stadt Bremerhaven von besonderer Bedeutung. Wir haben uns immer für eine zeitgemäße Ausstattung der Berufsfeuerwehr eingesetzt. Hierzu zählt auch eine qualifizierte Aus- und Fortbildung um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden. Insbesondere auch



Feuerwehr Bremerhaven

um die Sicherheit im Hafen mit seinen potentiellen Gefahren sicherzustellen, ist eine moderne Berufsfeuerwehr von besonderer Bedeutung. Im Bereich des Krankentransports muss sich die Feuerwehr gemeinsam mit privaten Bewerbern um Patienten bewerben. Die Notfallrettung ist und bleibt auch weiterhin die Aufgabe der Feuerwehr Bremerhaven. Hierfür stellen wir der Feuerwehr Bremerhaven eine ausreichende und moderne Fahrzeugflotte zur Verfügung. Die Ausbildung der Rettungsassistenten ist sehr umfangreich und ermöglicht damit Menschenleben zu retten.

2. Landesfeuerweherschule

Wir setzen uns für den Fortbestand der Landesfeuerschule in Bremerhaven ein. Die Landesfeuerschule am Standort der Feuerwehr Bremerhaven hat sich in den zurückliegenden 25 Jahren einen guten Ruf weit über die Grenzen Bremerhavens hinaus erarbeitet. Die enge Verzahnung mit unserer Berufsfeuerwehr und der direkten Nähe zur Praxis ist ein guter Standortvorteil für diese Schule. Die Möglichkeiten, des Einsatzes im Rahmen ihrer Ausbildung bei der Berufsfeuerwehr und die Einbindung der Bremerhavener Feuerwehrbeamten

bei der Ausbildung an der Feuerweherschule haben sich bewährt. Nach der Ausbildung verlassen gut ausgebildete Feuerwehrbeamte die Schule, die ihr Wissen dann für unsere Sicherheit bei den jeweiligen Feuerwehren einsetzen.

3. Freiwillige Feuerwehren

Eine wichtige Einrichtung sind die Freiwilligen Feuerwehren in Bremerhaven. Neben der historisch gewachsenen Struktur der Freiwilligen Feuerwehr in Weddewarden haben wir auch in Lehe und in Wulsdorf Freiwillige Feuerwehren eingerichtet. Bei der Freiwilligen Feuerwehr in Lehe werden wir uns für eine bessere Vernetzung im Stadtteil einsetzen. Hierbei werden wir auf eine enge Zusammenarbeit mit den im Stadtteil schon vorhandenen Einrichtungen achten. Um das erlernte Können auch in der Praxis zu testen, ist auf eine regelmäßige Beteiligung an den Einsätzen der Berufsfeuerwehr Bremerhaven zu achten. Eine intensive Zusammenarbeit mit den Freiwilligen Feuerwehren im Land Bremen und in Niedersachsen wird von der CDU unterstützt.

4. Bremisches Hilfeleistungsgesetz

Mit dem Beschluss über das Bremische Hilfeleistungsgesetz in der Bremischen Bürgerschaft musste auch die Kommunalpolitik in Bremerhaven handeln. Die Stadtgemeinde Bremerhaven ist hiernach verpflichtet, einen Brandschutz- und einen Rettungsmittelbedarfsplan aufzustellen. Nach dem Brandschutzbedarfsplan wird festgelegt, in welcher Zeit die Feuerwehr in welcher Stärke am Schadensort präsent sein muss. Diese Zielzahlen werden von der Feuerwehr Bremerhaven erfüllt. Zur Umsetzung des Rettungsmittelbedarfsplanes waren diverse Maßnahmen notwendig:

- Aufstellung einer leitenden Notarztgruppe
- „Ärztlicher Leiter Rettungsdienst“
- „Organisatorischer Leiter Rettungsdienst“
- Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen zur Bewältigung eines Massenfalls von Verletzten

Die in diesem Konzept beschriebenen Vorstellungen der CDU stellen unsere langfristigen planbaren Forderungen dar. Darüber hinaus müssen wir uns mit tagespolitisch aktuellen Gegebenheiten und Gefahrenlagen auseinandersetzen. Auch gesetzliche Veränderungen durch die EU, der Bundes- oder der Landesregierung müssen von der Kommunalpolitik entsprechend umgesetzt und realisiert werden. Unser Leitgedanke wird aber immer das Höchstmaß an Sicherheit für die Bremerhavener Bürgerinnen und Bürger sein.

Die CDU-Mitglieder im Ausschuss für öffentliche Sicherheit stehen Ihnen für Fragen zu unserem Konzept sowie für Anregungen aber auch Kritik für Themen im Bereich der öffentlichen Sicherheit gerne zur Verfügung.



Paul Bödeker, MdBB
Fraktionsvorsitzender
sowie Ausschussmitglied



Thorsten Raschen
Fraktionsgeschäftsführer
sowie Ausschussprecher



Lisa Kargoscha
Ausschussmitglied



Astrid Milch
Ausschussmitglied

Weitere Broschüren der CDU-Stadtverordnetenfraktion:



Haben Sie Interesse an aktuellen Informationen?

Dann tragen Sie sich für unseren Newsletter ein:
www.cdu-bremerhaven.de

CDU Stadtverordnetenfraktion

Bismarckstraße 2 · 27570 Bremerhaven

Telefon 0471 / 2 70 32 · Telefax 0471 / 20 70 67

www.cdu-bremerhaven.de · email: fraktion@cdu-bremerhaven.de

Sicherheit schaffen, Kriminalität bekämpfen

